

Antrag

des Abgeordneten Nils Oehlmann und der Fraktion der Liberalen Demokraten

Cybersicherheit stärken – Kleine und mittlere Unternehmen besser schützen

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die fortschreitende Digitalisierung eröffnet Unternehmen in Deutschland neue Möglichkeiten für Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Digitale Geschäftsmodelle, vernetzte Produktionsprozesse und moderne Kommunikationsstrukturen sind heute wesentliche Bestandteile einer leistungsfähigen Wirtschaft. Gleichzeitig steigen jedoch die Risiken durch Cyberangriffe kontinuierlich an. Schadsoftware, Datendiebstahl, Erpressungsversuche durch sogenannte Ransomware sowie Angriffe auf IT-Infrastrukturen verursachen jedes Jahr erhebliche wirtschaftliche Schäden.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen stehen dabei vor großen Herausforderungen. Sie bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und stellen einen erheblichen Teil der Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit. Gleichzeitig verfügen viele dieser Unternehmen nicht über die personellen, technischen oder finanziellen Ressourcen, um ein Sicherheitsniveau zu erreichen, was mit großen Unternehmen vergleichbar ist. Während internationale Konzerne eigene IT-Sicherheitsabteilungen unterhalten, sind kleine und mittlere Unternehmen häufig auf externe Dienstleister angewiesen oder verfügen lediglich über begrenzte Kapazitäten im Bereich der Informationssicherheit.

Cyberkriminelle nutzen diese Situation gezielt aus. Kleine und mittlere Unternehmen geraten zunehmend in den Fokus professioneller Angreifer, da sie oftmals über sensible Unternehmensdaten, Kundeninformationen oder Geschäftsgeheimnisse verfügen, gleichzeitig jedoch geringer Sicherheitsvorkehrungen treffen können. Ein erfolgreicher Cyberangriff kann Produktionsausfälle, erhebliche finanzielle Schäden, Reputationsverluste und den Verlust vertraulicher Daten zur Folge haben. Gerade für kleinere Unternehmen können solche Angriffe existenzbedrohend sein.

Die Zahl digitaler Angriffe auf Unternehmen nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Mit der zunehmenden Nutzung künstlicher Intelligenz und automatisierter Angriffstechniken ist davon auszugehen, dass sich die Bedrohungslage in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Ein wirksamer Schutz der digitalen Infrastruktur ist deshalb nicht nur eine Frage der Unternehmenssicherheit, sondern auch der wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands insgesamt.

Cybersicherheit darf dabei nicht ausschließlich als Aufgabe großer Unternehmen oder staatlicher Sicherheitsbehörden verstanden werden. Vielmehr ist sie eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, bei der insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker unterstützt werden müssen. Ziel muss es sein, Prävention, Beratung und technische Unterstützung auszubauen sowie bürokratische Hürden beim Zugang zu bestehenden Förderangeboten abzubauen.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu einer innovationsfreundlichen Digitalpolitik, die wirtschaftliche Freiheit mit einem hohen Maß an IT-Sicherheit verbindet. Die Stärkung der Cybersicherheit kleiner und mittlerer Unternehmen leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Innovation und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die bestehenden Beratungsangebote des Bundes zur Cybersicherheit für kleine und mittlere Unternehmen auszubauen und diese bundesweit bekannter zu machen;
2. Förderprogramme für Investitionen in IT-Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, weiterzuentwickeln und finanziell angemessen auszustatten;
3. die Beantragung bestehender Förderprogramme durch digitale Verfahren sowie vereinfachte Antrags- und Nachweispflichten deutlich unbürokratischer auszugestalten;
4. gemeinsam mit den zuständigen Bundesbehörden leicht verständliche Handlungsempfehlungen und Leitfäden zur Prävention von Cyberangriffen bereitzustellen und regelmäßig zu aktualisieren;
5. Informationskampagnen über aktuelle Bedrohungen, Schutzmaßnahmen und sicherere digitale Arbeitsweisen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte zu intensivieren;
6. den Austausch zwischen Sicherheitsbehörden, Wissenschaft, Wirtschaft und IT-Sicherheitsunternehmen weiter zu fördern und bestehende Kooperationsplattformen auszubauen;
7. Unternehmen beim Aufbau wirksamer Notfall- und Krisenmanagementkonzepte für Cyberangriffe stärker zu unterstützen;
8. Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote im Bereich der Cybersicherheit insbesondere für Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen auszubauen;
9. die Forschung und Entwicklung innovativer IT-Sicherheitslösungen sowie deren Transfer in mittelständische Unternehmen gezielt zu fördern;
10. die Zusammenarbeit mit den Ländern sowie den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Wirtschaftsverbänden zu intensivieren, um insbesondere regionale Unterstützungsangebote weiter auszubauen;
11. die Resilienz der deutschen Wirtschaft gegenüber Cyberangriffen durch einen regelmäßigen Austausch über aktuelle Gefährdungslagen und bewährte Schutzmaßnahmen zu stärken;

Berlin, den 13. Juli 2026

Nils Oehlmann und Fraktion der Liberalen Demokraten